



+++ In eigener Sache +++ Wechsel im Team

In Berlin und in Darmstadt ist Bewegung in meinem Büro: Christina Reith, die schon seit 2005 mein Berliner Büro leitet, ist ab sofort aus der Elternzeit zurück. Vanessa Brandes, die sie das letzte Jahr über vertreten hat, bleibt mir erhalten, ein paar Stunden pro Woche in meinem Berliner Büro.

Meine studentische Mitarbeiterin Anne Marquardt, die die Berlin-Fahrten organisiert hat, hört Ende des Monats in Darmstadt auf. Für sie kommt Christiane Abig, die ab Mitte März Catrin Geier im Bürgerbüro unterstützt. Alle Telefonnummern bleiben gleich, die E-Mail-Adressen lauten:

Christina Reith (Berlin):
brigitte.zypries.ma01@bundestag.de

Vanessa Brandes (Berlin):
brigitte.zypries.ma12@bundestag.de

Christiane Abig (Darmstadt):
brigitte.zypries@wk2.bundestag.de

Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

19. Februar 2013

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die sitzungsfreie Zeit wegen Fastnacht ist vorbei, die Fastenzeit hat begonnen. Auch im Bundestag fasten inzwischen viele Abgeordnete, überwiegend wird auf Süßigkeiten und Alkohol verzichtet. Letztes Jahr war ich auch dabei, dieses Jahr gelingt es mir nicht so recht, meinen „inneren Schweinehund“ zu überwinden...

Dieses Jahr feiert die SPD ihren 150. Geburtstag - der offizielle Festakt ist am 23. Mai in Leipzig. Auch in Darmstadt und im Landkreis Darmstadt-Dieburg wird es zahlreiche Veranstaltung zum Jubiläum geben. Los geht es am Donnerstag, dem 7. März um 19.30 Uhr mit einer Filmvorführung. „Wenn Du etwas verändern willst...“ heißt der Film zum 150-jährigen Jubiläum. Ich habe den Film bereits gesehen und kann nur sagen: Es lohnt sich. Zeitzeugen wie Helmut Schmidt, Hans-Jochen Vogel, Renate Schmidt und viele andere lassen die Geschichte von 150 Jahren SPD lebendig werden. Sie vermitteln das Streben nach Freiheit und Gerechtigkeit. Die Kraft von Solidarität. Die Macht von Bildung. Und die Überzeugung, dass sich die Lebensverhältnisse für alle zum Besseren gestalten lassen.

Der Eintritt kostet 3 Euro; die Kinokarten kann man an der Abendkasse des Festival Kinos, Wilhelmienstraße 9, erwerben.

Herzliche Grüße aus Berlin,



Rechtsextremismus geht alle an!

Der in Organisationen gebundene Teil der rechtsextremen Szene in Hessen ist zwar gering - wenigstens im Vergleich zu anderen Bundesländern. Besonders die NPD baut seit Jahren kontinuierlich ab; die neu gegründete Organisation „Die Rechte“ besteht nur aus wenigen Aktivisten. Viel weiter verbreitet sind in Hessen allerdings kleine und unorganisierte Gruppen. Sie teilen rechte Weltanschauungen, tragen entsprechende Modemarken und hören einschlägige Musik. Dabei erfreut sich leider vor allem Letzteres auch bei nicht rechts orientierten Jugendlichen großer Beliebtheit.

Das Landesbüro Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung befasst sich in der Broschüre „Standpunkt“ diesen Monat mit Rechtsextremismus in Hessen und spricht dabei auch über die Abwehrmöglichkeiten der Gesellschaft. Sie finden die Online-Ausgabe hier: http://www.fes.de/hessen/common/pdf/FES%20Standpunkt_07.pdf

Fracking – nur unter strengen Auflagen !

„Fracking“ - dieser Begriff begegnet uns in der letzten Zeit überall: In Gesprächen, in der Zeitung, sogar im Kino. **Aber was hat es eigentlich damit auf sich? Es geht um die sogenannte „unkonventionelle Erdgasförderung“:** Erdgas ist ein Naturprodukt, das durch den Abbau von organischem Material entsteht und sich in unterirdischen Erdgaslagerstätten sammelt. Mit Hilfe von hochentwickelten Technologien können diese Erdgasvorkommen erschlossen werden. Dabei kommt das Fracking zur Anwendung – ein spezielles Verfahren, bei dem künstliche Fließwege für das Erdgas in sehr dichten Gesteinsformationen geschaffen werden. Durch ein Bohrloch werden Wasser, Sand und chemische Substanzen in den Boden gepumpt. Es entsteht ein großer Druck, durch den sich kleine Risse (sogenannte „Fracs“) im Gestein bilden, die durch Sand- und Keramikkörner offen gehalten werden. So kann das Gas aus dem Gestein entweichen und durch das Bohrloch gefördert werden.

Die beim Fracking eingesetzten Chemikalien können allerdings zu Trinkwasserverunreinigungen führen, insbesondere da die Bohrungen meist durch grundwasserleitende Schichten führen. Diese Tatsache bestätigen auch zwei Gutachten, die im Auftrag des Bundesumweltministeriums bzw. des Bundesamtes für Umwelt erstellt worden sind. Beide Gutachten empfehlen, die Genehmigungsvorschriften zu ändern. NRW hat die Konsequenz gezogen und erteilt bis auf weiteres keine Genehmigung für Erkundung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten. Die Bundesregierung ist Konsequenzen aus dem Gutachten bislang schuldig geblieben.

In Deutschland befinden sich schwer zugängliche Schiefergasvorkommen in verschiedenen Regionen, insbesondere in NRW und Niedersachsen. **Aber auch in Nordhessen hat ein Unternehmen einen Erlaubnisantrag für die sogenannte unkonventionelle Erdgasförderung gestellt.**

Verständlicherweise sind die Menschen in Gebieten, die für Fracking in Frage kämen, besorgt. **Ich finde, der Schutz von Trink- und Grundwasser muss oberste Priorität haben. Zwar spielt Erdgas für die Energiewende eine große Rolle, aber wir wissen einfach noch zu wenig über die Risiken dieser Fördermethode.** Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag ([hier](#) kann man ihn lesen), giftige und gesundheitsgefährdende Substanzen zum Fracking abzulehnen, solange die Risiken nicht geklärt sind. Im Sinne eines Moratoriums sollen Anträge auf Fracking nicht entschieden werden, bis die Fördermethode ohne schädliche Chemikalien durchgeführt werden kann. **Bis jetzt werden Fracking-Vorhaben übrigens ohne Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt. Wir fordern Transparenz und die Beteiligung betroffener Bürgerinnen und Bürger, Städte und Kommunen!**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Fotos:
Roman Laas*

Die Diskussion um „Amazon“

Die Arbeitsverhältnisse bei Amazon, über die in den letzten Tagen in der Presse berichtet wurde, führen erneut vor Augen, wie notwendig es ist zu handeln: Das Unternehmen steht im Verdacht, in einem Logistikzentrum Leiharbeiter aus Spanien und Polen mit einem so genannten „Sicherdienst“ schikaniert, in unwürdigen Unterkünften untergebracht, um einen Teil des Lohns geprellt und Sozialbeiträge nicht abgeführt zu haben. Wir wissen, dass das kein Einzelfall ist. **Es reicht deshalb nicht, wie Ministerin von der Leyen bei jedem Einzelfall Empörung zu inszenieren und einzelnen Leiharbeitsfirmen mit Lizenzentzug zu drohen.** Die Verwahrlosung der Arbeitsbeziehungen betrifft längst nicht nur das Instrument der Leiharbeit, sie zeigt sich zunehmend auch im Missbrauch von Werkverträgen, in Scheinselbständigkeit, in missbräuchlicher Ausdehnung von Nacht- und Wochenendarbeit, in schlechten Löhnen und in der Zersplitterung der Tariflandschaft.

Um das Problem an der Wurzel zu packen, brauchen wir eine neue Ordnung der Arbeit in Deutschland.

Zunächst einmal: Die Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften beim Einsatz atypischer Beschäftigung müssen gestärkt und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen für die ganze Branche ausgeweitet werden. Das können und das müssen wir im Bund gesetzlich regeln. Wir brauchen die Aufklärung über den missbräuchlichen Einsatz von Werkverträgen zum Lohndumping und wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde.

In dieser Woche bringen wir im Bundestag unseren Antrag zur Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen ein. Und die SPD hat eine aktuelle Stunde im Bundestag beantragt: Am Mittwochmittag fragen wir nach der „Haltung der Bundesregierung zum Missbrauch von Leiharbeit im Lichte der Berichte über Vorfälle bei Amazon“. Außerdem werden wir eine parlamentarische Initiative zur Gesundheit am Arbeitsplatz starten. Im März werden wir im Bundesrat mit neuer Mehrheit einen gesetzlichen Mindestlohn beschließen. Ohne Druck bewegt sich nichts - deshalb machen wir jetzt Druck!

Über all dies dürfen wir aber nicht vergessen, dass **wir alle als Verbraucherinnen und Verbraucher jeden Tag Verantwortung übernehmen - mit unseren Kaufentscheidungen. Konsumenten haben Macht. Wir können uns gegen Billigfleisch entscheiden und dazu beitragen, dass es nicht zu Gammel- oder Pferdefleischskandalen kommt, und wir können uns entscheiden, nicht dort einzukaufen, wo Arbeitnehmer ausgebeutet werden.**